

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Dezember 2023

Kreistag

Auszüge aus der Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden

Viele Gemeinden im Landkreis haben nach letztem Jahr Probleme, einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen und eine zukünftige und bedarfsgerechte Finanzierung kommunaler Haushalte ist genauso unsicher, wie die Finanzierung unserer Gesundheitsversorgung.

Ja, das ist der erste konkrete Punkt, den ich anspreche, aus zweierlei Gründen:

Erstens ist eine wohnortnahe kommunale Gesundheitsversorgung eine wichtige Verpflichtung für uns Kreisräte, gerade auch für die FDP. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten in Notfällen eine schnelle erste gesundheitliche Versorgung und wollen sich bei Krankheiten kompetent und zuverlässig in ihrem Landkreis behandeln lassen.

Zweitens ist das eines unserer wichtigsten Themen für den Haushalt.

Durch Pandemie, allgemeinen Kostensteigerungen und Fachkräftemangel, um die wesentlichen Punkte zu nennen, sind unsere Krankenhäuser von der Gewinnzone in die rote Zahlen gerutscht– wie 80 % aller kommunalen Krankenhäuser. Wir haben im Landkreis Starnberg die Probleme, die fast alle Krankenhäuser haben: Steigende Kosten bei nicht steigenden Erlösen, ein strukturelles Defizit. Deshalb ist eine Krankenhausreform so wichtig, die die richtigen Rahmenbedingungen setzt, aber genauso müssen auch wir die richtigen Weichen stellen.

Der Ausbau der Pflegeschule in Starnberg ist ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung, mehr Auszubildende können mittel- bis langfristig helfen, den Personalmangel zu reduzieren.

Die FDP- Fraktion wird sich engagiert für ein zukunftsfähiges gesundheitliches Grundversorgungskonzept im Landkreis einsetzen, das aus mehreren Komponenten besteht: Dem kommunalen Krankenhaus, ggf. erfolgreiche MVZs, denn die ambulante Versorgung wird stärker priorisiert werden und die fachlichen Ergänzungen anderer Klinikbetreiber. Konzentrieren sollten wir uns auf unseren Landkreis, es wäre angenehm, wenn Penzberg in der Verantwortung des Landkreises Weilheim-Schongau und der Stadt Penzberg lägen. Wir müssen so schnell wie möglich die derzeitige den Kreishauhalt massiv belastende Situation überwinden.

...

An dieser Stelle begrüßen wir den Stellenplan des Haushalts, der, wie von uns gefordert, keine neuen Stellen vorsieht. Weiterhin ist uns sehr wichtig, effizienter und digitaler und in der Folge auch weniger personalintensiv in der öffentlichen Verwaltung zu werden. Digitale Infrastruktur und Instrumente, wie die E-Akte, müssen endlich eingeführt und benutzt werden. Den Dienstleistungsgedanken in Behörden stärker zu verankern und auch die Mitarbeiter zu befähigen eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen sind wichtige Bausteine, um schneller und besser in den bürokratischen Verfahren der Verwaltung zu werden. Wir unterstützen die Anstrengungen des Landrats und der Personalverantwortlichen, in diesem Zusammenhang, ausdrücklich.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Einsparpotentiale im ÖPNV müssen, aus unserer Sicht, anhand der Auswertungen der Fahrgastzahlen aufgedeckt und genutzt werden, um einen effizienten, öffentlichen Nahverkehr im Landkreis zu betreiben. Die FDP-Fraktion im Landkreis bekennt sich ausdrücklich zu der Notwendigkeit des öffentlichen Nahverkehrs innerhalb des Landkreises, wir können uns aber wenig genutzte Angebote und Geisterbusse einfach nicht leisten.

...

Bildung ist der einzige Rohstoff, den wir in Deutschland haben! Unseren Kindern einen an die zukünftigen Anforderungen ausgerichtete, moderne Bildung zu ermöglichen, muss oberste Priorität für uns haben. Nach dem Pisa-Schock ist es umso wichtiger, dass wir alles unternehmen, damit unsere Kinder die bestmögliche Bildung erhalten.

Ich bin froh, dass sich meine Fraktion so vehement für das Herrschinger Gymnasium und den vierzügigen Ausbau eingesetzt hat. Das Beste sollte uns für unsere Kinder gerade gut genug sein!

Auch das Gymnasium in Tutzing müssen wir grundsaniern, das ist für die FDP keine Frage. Der Neubau der FOS in Starnberg wird sicherlich noch einige Zeit dauern, denn die finanziellen Mittel sind in absehbarer Zeit nicht da.

...

Zum Bildungsbereich gehört für uns Freie Demokraten auch die Kultur. Es schmerzt diesen Bereich nicht mehr in dem Maße fördern zu können, wie wir das gern würden. Gern hätten wir hier noch mehr Geld zur Verfügung gestellt, aber das gibt der diesjährige Haushalt nicht her. Jetzt liegt es an uns allen: unterstützen und besuchen Sie das FSFF, die Brahmstage, Veranstaltungen im Bosco oder die Kulturwoche in Gilching und viele weitere Veranstaltungen in Stadt und Gemeinden im Landkreis, damit die Künstler mit ihrem Angebot auch Geld verdienen können. Mein Dank und der meiner Fraktion gilt allen Vereinen und Ehrenamtlichen, die sich insbesondere im kulturellen Bereich engagieren und jedes Jahr ein hochwertiges Angebot für die Bürger des Landkreises und darüber hinaus auf die Beine stellen.

...

Enden will ich wie jedes Jahr mit ein paar Versen unseres geschätzten Kollegen Dr. Wolfgang Weber-Guskar:

Haushalt, Sorgen, rote Zahlen,
losgelöst von allen Wahlen
lasst uns möglichst einig sein.

Tragen wir die Schuldenlast
- wohlwissend hier wird nicht geprasst -
gemeinsam wie ein Opferstein.

Das gilt für heute, nicht für morgen;
es bleibt doch allen nicht verborgen,

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



dass warten auf externe Gaben
zu wenig ist für eine Wende.
Innovation braucht es am Ende.
Nur dann wird's wieder mehr beim „Haben“

Willi Boneberger

Gauting

Gemeindefinanzen 2024: Neues Jahr - alte Probleme

In der letzten Gemeinderatssitzung des Jahres 2023 wurde der Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2024 eingebracht. Und soviel lässt sich vorweg verraten: Auch im neuen Jahr sieht sich die finanzschwache Gemeinde Gauting wieder mit einer angespannten Haushaltslage konfrontiert. Dabei konnte im ersten Entwurf für 2024 keine ausgeglichene Haushaltssatzung vorgelegt werden. So weist der Verwaltungshaushalt nach aktuellem Planungsstand ein Defizit von rund 1,85 Millionen Euro auf. Weiterhin müsste mit einer Rücklagenentnahme von 2,85 Millionen Euro sowie einer (theoretisch notwendigen) Kreditaufnahme von fast 7,0 Millionen Euro kalkuliert werden. Führt man sich vor Augen, dass die Gemeinde bei defizitärem Verwaltungshaushalt keine Aussicht auf Genehmigung neuer Kreditermächtigungen hat, so scheint die Lage noch brisanter. Änderungen in der Steuergesetzgebung, eine erneut gestiegene Kreisumlage sowie kräftige Steigerungen bei Personal- und Kinderbetreuungskosten verschärfen die gemeindliche Finanzlage 2024 dabei zusätzlich. Es gilt nun im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen nach weiteren Einsparmöglichkeiten zu suchen und die wenigen möglichen Investitionen sorgfältig auszuwählen.

Krailling

Friedhöfe

Der Gemeinderat hat die Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtung der Gemeinde Krailling einstimmig beschlossen. Darin enthalten sind vor allem neue und höhere Preise. Hintergrund für die Preiserhöhung sind die neuen Preise des Dienstleisters, die z.T. doppelt so hoch liegen wie bisher. Dies hatte eine notwendige Ausschreibung als Ergebnis gebracht.

Gemeindebäume

In den letzten 4 Jahren hat die Gemeinde Krailling zwischen 73.000 € und 120.000 € pro Jahr für die Pflege eigener Bäume aufgewendet. Dies umfasst vorgeschriebene regelmäßige und auch außerplanmäßige Baumkontrollen, fachliche Beratung, externe Baumpflegemaßnahmen und Bauhofarbeiten. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde nun im Ausschuss Bau-Umwelt-Verkehr im Dezember 2023 das bisherige

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Vorgehen der Gemeinde vorgestellt und diskutiert. Die Klimaschutzmanagerin berichtete von typischen Fällen und plädierte dafür, eine Fällung als Chance für den klimaresilienten und zukunftsfesten Umbau des gemeindlichen Baumbestands zu betrachten. Die Verwaltung nimmt eine größere Entscheidungsfreiheit als Auftrag an. Aus dem Ausschuss wurde bemerkt, dass künftige Entscheidungen auch Einzelfallprüfungen enthalten müssen, da z.B. die Entnahme eines Baums in einer Baumgruppe anders zu beurteilen sei als ein ortsbild-prägender Einzelbaum. Eine weitere Ergänzung war die Festlegung, dass nur bei einer zu erwartenden Vitalität des Baums = Lebensdauer größer als 10 Jahre aufwändigere Untersuchungen wie Zugversuche durchgeführt werden sollen. Der Ausschuss nahm dann einstimmig den Sachbericht und die Baumpflegekosten der letzten Jahre zur Kenntnis. Er beschloss weiterführende Untersuchungen, wie z.B. Zugversuche, nur noch durchführen zu lassen, wenn für den jeweiligen Baum eine große Chance zur weiteren Vitalität (> 10 Jahre) besteht. Bei erheblichen begründeten Zweifeln an einer langjährigen Vitalität, werden Bäume nicht mehr weiterführend untersucht, sondern eine Fällung veranlasst. Falls möglich und sinnvoll sollen Nachpflanzungen durchgeführt werden, was die Verwaltung entscheiden wird.

Auch private Baumbesitzer müssen bei Fällanträgen eine Baumbegutachtung vorlegen.

Kinderbetreuung

BGM Rudolph Haux (FDP) berichtete auf Anfrage der FDP-Fraktion, dass ab Januar 2024 mit der Kita Busybees endlich wieder die Kinderkrippe in der KIM betrieben wird, allerdings zu höheren Elternbeiträgen als bisher. Neben BusyBees aus Gaubing hatten mehrere Betreiber im Rathaus vorgeschlagen, wo sie an den Vermieter der Krippenräume von Denkmit in der KIM weitervermittelt wurden. Letztendlich war die Weiterführung des Mietvertrags als Untervermietung durch Denkmit als Vorgabe wichtig, Näheres über die privaten Verhandlungen zwischen Busybees und dem Gebäudeeigentümer ist der Gemeinde nicht bekannt.

Zudem erweitert die Caritas die Kleingruppe im früheren Bürgerhaus Hubertus zu einer selbständigen Kindergartengruppe mit 25 statt 15 Plätzen. Der Waldkindergarten der Kleinen Ritter an der Sanatoriumswiese mit derzeit 20 Plätzen plant eine weitere Gruppe mit zusätzlichem Bauwagen, alternativ einer Jurte. Die Baugenehmigung liegt noch nicht vor, geplant ist die Erweiterung für September 2024. Zum September 2024 soll auch ein neues Software-Portal funktionieren, auf dem Eltern ihre Betreuungswünsche zentral für alle Kraillinger Kitas eintragen können und wo sich die Einrichtungen selbst präsentieren können. Die kostengünstige Ausführung führt die Wünsche zusammen und bietet damit künftig eine taggenaue Übersicht über Kapazitäten und freie Plätze inkl. Doppelanmeldungen.

Kraillinger Ringtausch für Grundschule, Rathaus und Wohnbau

BGM Rudolph Haux (FDP) stellt seine Idee eines „Kraillinger Ringtauschs“ vor, bei dem durch Neubauten und Verkäufe eine neue Grundschule und ein neues Rathaus in Ortsmitte entstehen könnten: Ein Neubau des Rathauses auf Mannhardt-Grundstück und ehem. Maibaumwiese direkt an unserer neugestalteten Ortsmitte schafft Platz für einen Schulneubau auf dem Grundstück des abzureißenden Rathauses. Nach Umzug der Schule kann dann das jetzige Schulgelände beräumt werden und als Wohnbaufläche verkauft werden. Alle Grundstücke befinden sich in Gemeindehand. Dazu wurden geschätzte Kosten von 24 Mio € und ein Zeithorizont bis 2029 genannt. Die räumliche Disposition der notwendigen Flächen wurden jeweils

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



in Skizzen dargestellt (Volumenmodelle). Leider wurde dieser Punkt nicht weiter besprochen oder behandelt, da ein Antrag auf Vertagung gegen die Stimmen der FDP angenommen wurde.

Schulzweckverbände

Ein wesentlicher Punkt im Dezember war der Auftrag des Gemeinderats an die Verwaltung, über die Beteiligung der Gemeinde an den Schulzweckverbänden für Würmtalgymnasium (FLG) in Planegg und Realschule in Gauting zu verhandeln mit dem Ziel einer Vollfinanzierung des Anteils durch den Landkreis oder – bei Nichtzahlung – dem Austritt zum 01.01.2026. In den letzten vier Jahren wendete die Gemeinde über eine Mio € für die Schulen auf, obwohl die alleinige Verantwortung beim Landkreis liegt. Der Landkreis München übernimmt 100% der Kosten, der Landkreis Starnberg nur 90%, sodass bei den Gemeinden 10% des Sachaufwands bleiben, für die sie aber keine Einnahmen bekommen. Wie prekär eine solche Mitfinanzierung sein kann, ergab sich im Dezember 2023, als eine Falschberechnung der Anteile am Bau der Realschule Gauting bekannt wurde, wonach alle Gemeinden im Landkreis zu wenig gezahlt hätten, und dies fast 10 Jahre nach Betriebsaufnahme!

Seefeld

Parkgebühren an Wörthsee und Pilsensee

Mit Beginn der vergangenen Badesaison wurden am Strandbad Pilsensee und in der Wörthseestraße erstmals Parkgebühren erhoben (10 bis 18 Uhr von Mai bis September, 1€/h, 6€/Tag). Der Gemeinde flossen Roheinnahmen von ca. 30.000€ zu. Privater Parkraum wurde stärker genutzt, so dass mehr öffentliche Stellfläche zur Verfügung stand.

Jetzt wurde beschlossen, dass in wenigen und sehr eng begrenzten Einzelfällen (öffentliches Interesse, kein anderer zumutbarer Stellplatz vorhanden) Jahreskarten für 150€ ausgegeben werden. Auf Antrag der FDP werden zukünftig auch für Handy-Zahlung die Gebühren von der Gemeinde übernommen, wie dies bei Bar- und Kartenzahlung bereits erfolgt.

Informationseite im Kreisboten

Der Seniorenbeirat stellte den Antrag, regelmäßig nicht nur auf der Website der Gemeinde und in der Seefeld-App, sondern auch in gedruckter Form im Kreisboten über Aktuelles aus der Gemeinde zu berichten. Von Seiten der Verwaltung wurde die Notwendigkeit einer Druck-Version nicht gesehen. Der Gemeinderat stimmte jedoch mit deutlicher Mehrheit für eine monatliches analoges Informationsangebot, das nach einem **Jahr** überprüft werden soll.

Bebauungspläne Wörthseeufer Süd und Nord

Der existierende Bebauungsplan musste aktualisiert werden, da er durch Gerichtsurteil für unwirksam erklärt worden war. Dies machte die Aufteilung in die Bereiche Süd und Nord erforderlich. Es war das Ziel, nur sehr eingeschränkte Baurechtsmehrungen zuzulassen. Um endlose Detailauseinandersetzungen zu vermeiden, sehen die Festsetzungen jetzt im Wesentlichen nur noch Bauräume, überbaubare Grundflächen und Gebäudehöhen vor. Die beschlossenen Bebauungspläne gehen jetzt in die Öffentlichkeitsbeteiligung. Die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplans wurde ebenfalls verabschiedet.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Bebauungsplan Güntering

Dieser Bebauungsplan soll mit dem Ziel einer verträglichen Verdichtung geändert werden. Der erste Entwurf war auf massive Kritik gestoßen, so dass Prof. Burgstaller mit einer Überarbeitung der Grundzüge beauftragt wurde. Auf dieser Basis wurde nun ein neuer Bebauungsplanentwurf vorgestellt. Im Ergebnis werden in diesem Bereich jetzt 47 Wohneinheiten (39 in Mehrfamiliengebäuden, 8 in Doppelhaushälften) vorgesehen. Für die Mehrfamilienhäuser ist fast ausschließlich Parkraum in einer Tiefgarage mit 10 Besucherparkplätzen geplant. FDP und Bürgerverein halten diese Verdichtung nicht für verträglich, da sie diesen Bereich verkehrsmäßig überlastet, zu wenig Parkraum anbietet und insbesondere in einem Mehrfamilienhaus zu massive Gebäudekubaturen vorsieht. Gegen diese Stimmen wurde der Bebauungsplan zur Öffentlichkeitsbeteiligung freigegeben. FDP und BVS haben inzwischen die Erstellung eines Verkehrsgutachtens beantragt.

Starnberg

Haupt- und Finanzausschuss

Eine Verlängerungen der Öffnungszeit der Stadtverwaltung wurde im HFA sowohl wegen Nicht-Zuständigkeit als auch wegen des nicht gesehen Bedarfes abgelehnt. Die Online-Terminvergabe hat sich als sehr effizient für die Bürger und die Verwaltung erwiesen. Die Mitarbeiter müssen nicht mehr die Zeit absitzen, wenn Leerlauf ist, die Bürger müssen nicht mehr lange Warten, bis sie dran sind. Auch sind nach vorheriger Absprache Termine außerhalb der üblichen Öffnungszeiten möglich.

Bauausschuss (regulär)

Die Sanierung der Brunnangerhalle, der Heimat unseres TSV Starnberg, ist eines der heißen Eisen. Die Halle ist stark sanierungsbedürftig, die Tiefgarage bereits für die Nutzung gesperrt. Die Kosten für einen ähnlichen Neubau auf grüner Wiese werden auf ca. 23 Mio. € geschätzt, ohne dass ein Grundstück vorhanden wäre. Eine Generalsanierung würde aktuell mit ca. 12,5 Mio. € zu Buche schlagen. Beides sind Summen, die die Stadt Starnberg nicht aufbringen kann. Der Ausschuss hat sich dafür entschieden, die Sanierung Stück für Stück gemäß der Haushaltslage anzugehen. Anfangs werden die Tiefgarage und die Heizung saniert. Ein anderer Standort ist nicht verfügbar und ein (architektonisch wendiger anspruchsvoller) Neubau an gleicher Stelle wäre die wirtschaftlich deutlich schlechtere Alternative. Dass die Kosten von 12,5 Mio. € für eine Generalsanierung wahrscheinlich nicht ausreichen werden, ist leider anzunehmen. Allerdings bleibt uns das Planungsverfahren mit den damit verbundenen Kosten und eventuell sehr kostspieligen neuen Vorgaben (Stichworte Umweltverträglichkeit, bürokratische Vorgaben und Einwendungen von sogenannten NGOs) erspart.

Der nächste Abschnitt Bauteil 5 der Sanierung des Gymnasiums Starnberg war eher formal, dennoch wichtig für eine moderne und fortschrittliche Schule.

Eher formal war auch der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan für das Bauvorhaben an der Bahnhofstraße direkt am See (aktuell Starnberger rosa Treppe). Das Projekt ist ganz am Anfang seines sicher großartigen Weges.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Der Antrag auf Änderung der Stellplatzsatzung wurde leider sehr knapp abgelehnt. So ist es weiterhin möglich, dass offiziell Wohnungen mit unter 40m² Wohnfläche gebaut werden, ohne dass ein Stellplatz dafür nachgewiesen werden muss. Dass eventuell später aus einer Wohnung zwei werden, oder dass diese Regelung außerhalb der Starnberger Innenstadt (z.B. in Hadorf oder Leutstetten) keinen Sinn macht, steht auf einem anderen Blatt.

Bauausschuss Sondersitzung

Die Sondersitzung des Bauausschusses umfasste zwei Themenkomplexe: Das Moosaik und das Gewerbegebiet Schorn. Beides Themen, die von der FDP seit Jahren gefördert und massiv unterstützt werden.

Die Umwandlung der alten Gewerbegebiete nördlich der B2 bis hin zum Bahnhof Nord zu einem Urbanen Quartier ist die städtebauliche Herausforderung für Starnberg. Dank der privaten Initiative von drei Starnberger Familien, der politischen Unterstützung der FDP und allen anderen Fraktionen und nicht zuletzt dem Bauamt der Stadt ist ein weiterer Meilenstein geschafft worden. Die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, die Änderung des Flächennutzungsplans und die Rahmenplanung für das gesamte Gebiet (3 von 4 Tops des Tages).

Dieser Beschluss ist für die Entwicklung von Starnberg äußerst wichtig. Aus einer Industriebrache wird ein lebendiges, modernes und auch deutlich grüneres Quartier, zugänglich für alle Starnberger. Der von allen gewünschte Steg über die B2 bleibt Teil der städtebaulichen Vereinbarung mit den Vorhabensträgern und wird weiterverfolgt. Für die Realisierung fehlt leider immer noch die Zustimmung des Architekten des Landratsamtes (Stichwort Architekten-Urheberrecht), des Landrates und der Kreistages. Der Beschluss war einstimmig und die Zustimmung im Gremium von allen Parteien und fast allen Gruppierungen deutlich positiv und fand auch in der Presse positive Resonanz.

Das neue Gewerbegebiet Schorn soll in drei Teilabschnitte gegliedert werden. Die neue Planung wurde dem Ausschuss nur zur Kenntnisnahme vorgelegt, der Beschluss dazu soll auf Grund der enormen Tragweite durch den Stadtrat im Januar 2024 erfolgen. Die FDP hat sich schon immer für das Projekt Schorn eingesetzt. Seit über 50 Jahren hat es keine Entwicklung im Gewerbebereich in Starnberg gegeben. Es fehlt insbesondere für die Handwerker und die produzierenden Gewerbetreibenden die Entwicklungsmöglichkeiten. Dafür brauchen wir unbedingt ein neues Gewerbegebiet. Dass die dazugehörigen Gewerbesteuererinnahmen für die Zukunft der Starnberger Finanzen mitentscheidend sind, sei nur am Rande erwähnt.

Stadtrat

Im Dezember Stadtrat waren Bürgeranträge, Bestätigungen der Beschlüsse aus dem Haupt- und Finanzausschuss / Bauausschuss und ein Beschluss zur ortsfernen Umfahrung auf der Tagesordnung. Nur zur ortsfernen Umfahrung gab es eine kleine Diskussion. Die weitere Planung wird unter Berücksichtigung der Haushaltslage weitergeführt. Es ist illusorisch anzunehmen, dass die Finanzen der Stadt in den kommenden 5 Jahren weitere Mittel hergeben.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Tutzing

Bebauungsplan und Baugenehmigung

In der Dezember Sitzung des Gemeinderats ging es um einen Bebauungsplan und Details der Grünordnung. Daneben ging es um zwei Baugenehmigungen, die aufgrund der Anzahl der Wohneinheiten ebenfalls im Gemeinderat beschlossen werden mussten.

Neuerlass von Satzungen

Im Weiteren wurde der Neuerlass der Satzung über Aufwendung und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen gemeindlicher Feuerwehren (Feuerwehrgebührensatzung) zugestimmt. Dies ist nach sehr guter und detaillierter Vorarbeit der Verwaltung bereits im Haupt- und Finanzausschuss vorbesprochen und positiv beschieden worden.

Daneben wurde die neue Friedhofssatzung sowie Satzungen für Buttlerhof und Thelinraum (Aufenthaltsraum im betreuten Wohnen) wie auch die Satzungen zur Regelung der Nutzung und der Gebühren des Spülmobils und des Toilettenwagens der Gemeinde Tutzing einstimmig beschlossen.

Errichtung eines Seewärmenetzes für Tutzing

Dr. Marco, Lorenz, Vorsitzender des Vereins „Tutzing Klimaneutral 2035“, stellte die Idee einer Seewasser Wärmenutzung für Tutzing vor. Eine gewisse Dringlichkeit für eine Interessensbekundung der Gemeinde sah er vor allem darin, gegebenenfalls bei der Sanierung der Hauptstraße im kommenden Jahr noch Leerrohre einzubringen, um dort später Leitungen für den Wärmetransport zu verlegen. Über das Interesse, diese Form der Nahwärme mit in das Konzept der Gemeinde mit aufzunehmen, bestand Einigkeit. Jedoch sind die Fragen, die vorbereitend zu klären sind, noch sehr zahlreich. Weder ein Ort für die dafür nötige Technik an Land noch deren genauere Größe waren einzugrenzen, es fehlen konkretere größere Abnehmer (vorgeschlagen u.a. Gemeinde/Rathaus, Grund- und Mittelschule, Krankenhaus, Hotels... die jedoch alle bereits bestehende Heizungen haben), noch ist die Technik an sich verlässlich genug bekannt. Das bisher einzige große Seewärmewerk steht in Luzern in der Schweiz, soll dort jedoch gut funktionieren. Klar war zum Schluss, dass die Gemeinderäte mehrheitlich das Thema in der kommunalen Wärmeplanung mit aufnehmen wollen, jedoch nicht zeitlich favorisiert anstoßen werden.